

AZV: Betroffene sprechen von „Saustall“

GEMEINDERAT Die Folgen des Prüfberichts, der spekulative Finanzgeschäfte offenbarte, sind katastrophal – was wird aus den geplanten Großprojekten?

VON BEATE LUTZ-MASS, MZ

MINTRACHING. „Der Inhalt des Prüfberichts ist für den Abwasserzweckverband und für die Bürger eine Katastrophe – anders kann man's nicht sagen.“ Mit diesen offenen Worten leitete Hubert Achhammer, Vorsitzender des Zweckverbands zur Abwasserbeseitigung im Pfattertal (AZV), seinen seit langem geforderten Sachstandsbericht vor dem Gemeinderat ein, der zu einer heftigen Diskussion im Gremium führte.

Gemeinden müssen „bluten“

Die Prüfung des Finanzgebarens des AZV-Tochterunternehmens VBA durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband hatte ergeben, dass durch spekulative Finanzgeschäfte des ehemaligen Verwaltungsratsvorsitzenden Joachim Stodolka ein Verlust von über fünf Millionen Euro entstanden ist. Dieser Verlust muss nach den Ausführungen Achhammers von den beteiligten Gemeinden in Form einer weiteren Umlage getragen werden.

Der AZV-Vorsitzende berief sich dabei auf die geltende Gesetzeslage, die dem Verband keinen Ermessensspielraum lasse. An den Gebühren werde

sich deswegen nichts ändern, da nur Investitionen auf die Gebühren umgelegt werden könnten. „Warum kann man die Verluste nicht von denen wieder reinholen, die sie verursacht haben?“, so fragte Gemeinderat Emil Deutsch. „Wir brauchen Schadensersatz von den Verantwortlichen.“ Die „juristische Aufarbeitung“ des Geschehens sei bereits in Angriff genommen, entgegnete Achhammer. Die Trennung von „Herrn S.“, wie der frühere Verwaltungsratsvorsitzende sowohl im Prüfbericht genannt wird als auch in der Gemeinderatssitzung betitelt wurde, sei bereits erfolgt, versicherte Achhammer. Stodolka sei auch nicht mehr als Berater für den AZV tätig.

Vorwürfe aus dem Gremium, wo-

nach die Aufklärung der Öffentlichkeit nur scheinbar erfolgreich und Nachfragen, wann man erfahren werde, wie viel letztlich noch von der Gemeinde zu bezahlen sein werde, begegnete Achhammer mit dem Hinweis, er sei kein Zauberer. Er versicherte, dass alle Fragen „so früh wie möglich“ beantwortet werden sollen und bat darum, den jetzigen Verantwortlichen ausreichend Zeit zu lassen, um sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen. „Katastrophen lassen sich bewältigen, aber nur mit großem Aufwand und viel Energie“, betonte Achhammer. Derzeit suche der AZV nach „geeigneten unabhängigen Personen“, die bei der Auflösung der verworrenen Finanzgeschäfte helfen sollen. „Das ist

für mich zu kompliziert“, beteuerte Achhammer.

„Wann werden die Investitionen der vergangenen Jahre überprüft?“, konfrontierte Gemeinderat Johann Guggenberger den AZV-Vorsitzenden mit einer offenen Frage. „Es kann nicht sein, dass da bis heute noch nichts durchleuchtet wurde. Da kann doch was nicht stimmen“, echauffierte sich Guggenberger. Auch mit diesem Thema müsse man sich demnächst auseinandersetzen, antwortete Achhammer, aber man könne nun mal nicht alles gleichzeitig tun. „Ich fordere, dass alle Investitionen des AZV öffentlich diskutiert werden“, erklärte Gemeinderat Deutsch, „damit nicht wieder so ein Saustall rauskommt“.

BESCHLÜSSE IM GEMEINDERAT

► **Die künftigen Grabgebühren** im neuen Friedhof sorgten für eine rege Diskussion. Beschlossen wurden Zahlen, die vom Vorschlag der Verwaltung abweichen: 840 Euro für ein Einzel-, 1700 Euro für ein Doppelgrab, 500 Euro für ein Urnengrab.

► **320 Euro für eine Urnennische** sollen für die Dauer der 15-jährigen Ruhefrist verlangt werden – das sind 56 Euro, 113,33 Euro, 33,33 Euro bzw. 21,33 Euro pro Jahr und jeweilige Bestattungsart.

► **Im alten kirchlichen Friedhof** kostet ein Einzelgrab 400 Euro, ein Doppelgrab 600 Euro. Urnenbestattungen gibt es nicht. Der Friedhof der Gemeinde ist somit teurer als der kirchliche, aber billiger als wenn alle Kosten auf die Gebühren umgelegt worden wären. In diesem Fall hätte die Gemeinde für ein Einzelgrab

über 1200 Euro und für ein Doppelgrab über 2900 Euro verlangen müssen. Ein Urnengrab wäre auf knapp 800 Euro gekommen.

► **Die hohen Baukosten** für den Friedhof und die relativ kleine Fläche hätten diese hohen Beträge ergeben, sagte Verwaltungsleiter Karl-Heinz Hernitschek. Die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten und den beschlossenen Gebühren muss die Gemeinde tragen.

► **Die bislang in Bezug** auf das Internet unterversorgten Gemeindeteile sollen in den Genuss einer schnellen DSL-Verbindung kommen. Bürgermeister Kurt Senft gab bekannt, dass der Auftrag zur Verbesserung der Breitbandversorgung ans anbietende Unternehmen erteilt wird. (lms)

Bauvorhaben sind gefährdet

Gemeinderat Bernhard Stierstorfer betonte, solange nicht feststehe, welche Zahlungen an den AZV noch auf die Gemeinde zukämen, könne er dem Bau der neuen Dreifachturnhalle nicht zustimmen. Auch in der Beschlussvorlage der Verwaltung zur Gemeinderatssitzung war darauf hingewiesen worden, dass nochmalige Umlagen die gemeindlichen Großprojekte Sporthallenneubau mit Gemeinschaftshaus und Kinderkrippe gefährdeten.

Bürgermeister Kurt Senft beendete die Diskussion und vertagte eine zunächst ins Auge gefasste Bürgerversammlung auf den Zeitpunkt, wenn die Prüfung der AZV-Tochterunternehmen VBA und BSM durch die Rechtsaufsicht des Landratsamts abgeschlossen sei.